

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion

der Fraktion DIE LINKE

zum Bericht der Landesregierung - Drucksache 6/4101

Eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgung für Brandenburg gewährleisten

Perspektive Lausitz - Impulse für den weiteren Strukturwandel geben

Der Landtag stellt fest:

Die Lausitz gehört zu den wirtschaftlich stärksten Regionen in Brandenburg. Ihre Wirtschaftskraft beruht auf den Wertschöpfungsketten der Braunkohleindustrie, der Energietechnik, der Chemie, der Ernährungswirtschaft und weiterer Branchen mit ihren leistungsfähigen Industrie- und Handwerksunternehmen, einem breit aufgestellten Dienstleistungssektor und einer guten Infrastruktur. Sie verfügt außerdem mit der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg über eine auf Forschung und Ausbildung gleichermaßen ausgerichtete überregional anerkannte Hochschule. Diese Strukturen stehen für den erfolgreichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandel seit 1990.

Die Landesregierung unterstützt die Entwicklung der Lausitz durch die landesweiten strategisch-konzeptionellen Rahmensetzungen wie die Innovations- und Clusterstrategie und den RWK-Prozess (einschließlich der Bereitstellung von Fördermitteln) sowie durch Investitionen und Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Ausbildung, Forschung und Entwicklung und Verkehr. Die bisher schon erreichten Fortschritte und Maßnahmen sind im Bericht der Landesregierung „Eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgung für Brandenburg gewährleisten“ (Landtagsdrucksache 6/4101) gemäß Beschluss des Brandenburgischen Landtages vom 30. April 2015 (Landtagsdrucksache 6/1225-B) zusammenfassend dargestellt.

Der Landtag Brandenburg begrüßt die Bund-Länder-Entscheidung, für den Strukturwandel in der Lausitz zusätzliche Fördermittel in Höhe von 7,3 Mio. Euro bereitzustellen. Mit dem Ziel eine länderübergreifenden Regionalentwicklung in der Lausitz zu initiieren, soll im Rahmen der Experimentierklausel der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ die Zusammenarbeit der Landkreise Görlitz, Bautzen, Dahme-Spreewald, Oberspreewald-Lausitz, Elbe-Elster, Spree-Neiße und der Stadt Cottbus gefördert werden. Die in Aussicht gestellten Fördermittel ermöglichen die Konzeptionierung eines langfristigen Umstrukturierungsprozess in der Lausitz durch zusätzliche Projekte in den Handlungsfeldern Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Unternehmen, Energieeffizienz, Mobilität und

digitaler Zugang, Natur, Umweltschutz, Tourismus sowie Perspektiven der Regionalentwicklung zu unterstützen. Der Landtag erkennt an, dass mit Hilfe dieser Förderung erstmals im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe für eine vom Strukturwandel besonders betroffene Region die regionale Wirtschaftsförderung länder- und landkreisübergreifend gebündelt wird. Diesen Prozess gilt es von Landesseite weiterhin zu unterstützen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, darauf hinzuwirken dass:

- die Innovationsregion Lausitz GmbH die Lausitzer Wirtschaft bei der Entwicklung und Umsetzung von Projekten und Maßnahmen, die ihre Zukunftsfähigkeit sichern, beraten bzw. zu deren Initiierung beitragen kann. Dazu sollen die Landesregierung und ihre Institutionen die Innovationsregion Lausitz GmbH in ihrer Arbeit eng begleiten und unterstützen. So sollen das Regionalcenter Südbandenburg der ZAB personell verstärkt und in der ILB ein zentraler Ansprechpartner für die Innovationsregion Lausitz GmbH benannt werden.
- das Gründer- und Unternehmertum in der Lausitz unter Nutzung von Bundes- und Landesprogrammen gestärkt wird (insbesondere auch unter Einbeziehung der Potenziale der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg). Die Rahmenbedingungen für wissensintensive Gründungen sowie innovative marktfähige Produktentwicklung in den Unternehmen sollen verbessert werden.
- die Landkreise in der Lausitz und die Stadt Cottbus die Gründung einer Wirtschaftsfördergesellschaft für die gesamte Lausitz konzentriert vorantreiben. Die brandenburgische Landesregierung soll in diesem Zusammenhang eine Landesbeteiligung (Minderheitsbeteiligung) an der zukünftigen Gesellschaft prüfen.
- zwischen der (noch zu gründenden) Wirtschaftsfördergesellschaft für die gesamte Lausitz und den Landesfördergesellschaften eine klare Arbeitsteilung vereinbart wird.
- die RWK sich gemeinsam mit ihrem Umland über GRW-Regionalbudget- und GRW-Regionalmanagement-Vorhaben verständigen, die im Rahmen der Fördertatbestände den Strukturwandel mit befördern. Die Landesregierung und die ZAB sollen dabei beratend und unterstützend tätig werden.
- in enger Abstimmung mit Sachsen die Gespräche mit dem Bund über den Einsatz der Mittel des Energie- und Klimafonds fortgesetzt werden.
- bis Anfang 2017 eine zwischen der Lausitz (z.B. Innovationsregion Lausitz GmbH und Energieregion Lausitz GmbH) und den Ländern Brandenburg und Sachsen abgestimmte Zusammenstellung von Vorhaben, insbesondere in den Bereichen Infrastruktur (einschließlich digitaler Infrastruktur) aber auch in Forschung, Entwicklung und Innovation, erarbeitet wird, die Grundlage für Gespräche mit dem Bund über weitere finanzielle Unterstützungen für den Transformationsprozess sein soll.

Der Landtag appelliert an die Bundesregierung, einen eigenen Regionalfonds für die Braunkohleregionen aufzubauen. Aus dem Regionalfonds sollen vorrangig Maßnahmen in den Bereichen Infrastruktur, Forschungsinstitute und Hochschulen sowie Forschung, Entwicklung und Innovation finanziert werden, da diese von den Ländern hinsichtlich der ihnen zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen nicht alleine getragen werden können.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, 2018 einen aktuellen Bericht zur Wirtschaftslage der Lausitz unter besonderer Berücksichtigung des wirtschaftlichen Strukturwandels vorzulegen.

Begründung:

Bei der Energiewende steht die Landesregierung für eine gesellschaftlich akzeptierte Energiepolitik, die eine sichere Energieversorgung und bezahlbaren Strom im Blick hält. Da gegenwärtig nicht absehbar ist, wann eine vollständige, bezahlbare und vor allem kontinuierliche Versorgung aus erneuerbaren Energien in Deutschland möglich sein wird, bleibt neben den erneuerbaren Energien die Braunkohle als Brückentechnologie in der Energiewende von besonderer Bedeutung. Eine geordnete Veränderung in der Energielandschaft setzt verlässliche und berechenbare Rahmenbedingungen des Bundes voraus, um Strukturbrüche zu verhindern.

Nur dann wird es weiterhin möglich sein, den Menschen in der Lausitz attraktive Arbeits- und Lebensperspektiven zu bieten. Viele Menschen sind seit 1990 aus der Lausitz weggezogen. Gut ausgebildete Menschen in der Region zu halten, sie und ihre Familien von den wirtschaftlichen und kulturellen Stärken sowie natürlichen Schönheiten der Lausitz zu überzeugen, aus berechtigtem Stolz und innerer Überzeugung ein gelebtes „Wir-Gefühl“ zu erzeugen, ist zuvorderst Aufgabe der politisch und gesellschaftlich Verantwortlichen in der Region. Sie werden durch die Landesregierungen von Brandenburg und Sachsen und den Bund begleitet und unterstützt. Entscheidend ist jetzt, vorhandene Ideen zu umsetzbaren Projekten weiterzuentwickeln. Die Menschen in der Lausitz müssen an konkreten Vorhaben erfahren, wie der Strukturwandel weiter vorangebracht werden kann.

Die Gründung der Innovationsregion Lausitz GmbH war dabei ein wichtiger Schritt, um die Kräfte zu bündeln und zu besser koordiniertem Handeln zu kommen. Die Innovationsregion Lausitz GmbH wird maßgeblich durch die Lausitzer Wirtschaft finanziert. Deshalb konzentriert sie sich sehr stark auf die Interessen der Unternehmen, berät und unterstützt diese. Sie kümmert sich also in erster Linie um „die Wirtschaft“, deren Ziel es sein muss durch innovative unternehmerische Projekte im Strukturwandel zu bestehen.

Die brandenburgischen und sächsischen Landkreise in der Lausitz und die Stadt Cottbus arbeiten zurzeit mit Unterstützung der beiden Landeswirtschaftsministerien an einer länderübergreifenden, von der kommunalen Ebene getragenen Gesellschaft. Diese zukünftige Gesellschaft soll sich insbesondere um eine länderübergreifende Wirtschaftsförderung und ein Standortmarketing für die gesamte Lausitz, aber auch um ein besseres Gründungsklima in der Lausitz kümmern. Sie soll zugleich die Menschen der Lausitz in die Gestaltung des Strukturwandels eng einbeziehen. Die zukünftige Gesellschaft soll im Laufe des Jahres 2017 handlungsfähig sein.

In besonderer Verantwortung stehen die drei Lausitzer Regionalen Wachstumskerne (RWK) Cottbus, Spremberg und Westlausitz. Sie sind die regionalen Wirtschaftszentren mit einer Motorfunktion für das sie umgebende Umland. Durch vernetztes und abgestimmtes Handeln können die RWK mit ihrem Umland komplexe, mit dem Strukturwandel für die Region einhergehende Fragestellungen bearbeiten. Das Land stellt mit den Instrumenten GRW-Regionalbudget und GRW-Regionalmanagement geeignete Förderungen bereit.

In der Aufgabenteilung zwischen Bund, Land und Kommunen kann die Landesregierung nur solche Bereiche direkt unterstützen, die in ihrer eigenen Zuständigkeit liegen. Wichtige Vorhaben insbesondere in den Bereichen Infrastruktur (einschließlich digitaler Infrastruktur) aber auch in Forschung und Entwicklung sind nur umsetzbar, wenn der Bund entsprechende Mittel zur Verfügung stellt. Dazu muss dem Bund eine umfassende Zusammenstellung der relevanten Vorhaben vorgelegt werden.

Der Bund hat angekündigt, bis zum Jahr 2020 jährlich 4 Mio. Euro aus Mitteln des Energie- und Klimafonds für Projekte im Zusammenhang mit dem Strukturwandel in Braunkohleregionen zur Verfügung zu stellen. Wie der Bund die Mittel verausgaben will, steht noch nicht fest. Mit der umfassenden Zusammenstellung der relevanten Vorhaben wird sich zeigen, in welcher Höhe darüber hinaus weitere finanzielle Unterstützung durch den Bund erforderlich sein wird.

Mike Bischoff
für die SPD-Fraktion

Ralf Christoffers
für die Fraktion DIE LINKE